

Bei der Präsidentschaftswahl 2017 konnte sich kein Kandidat der Linken für den zweiten Wahlgang qualifizieren. Im Anschluss wurde deshalb von vielen politischen Akteuren des linken Lagers die Forderung erhoben, für die Wahlen 2022 ein gemeinsames Programm auszuarbeiten und einen gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten zu bestimmen. Letztlich scheiterten alle Versuche dazu an der Unvereinbarkeit mancher Positionen, z.B. zur Rolle Frankreichs in der Europäischen Union, und an der mangelnden Bereitschaft der verschiedenen Parteien, zugunsten einer anderen auf einen eigenen Kandidaten zu verzichten.

So traten 2022 im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahl sechs Kandidaten an, die gemäßigt bis extrem linke Positionen vertraten und zusammen 32,1 % der gültigen Stimmen erhielten. Der mit Abstand erfolgreichste linke Kandidat war wie schon 2017 Jean-Luc Mélenchon, Kandidat der linkspopulistischen Bewegung *Union Populaire*, der mit 21,9 % mehr als doppelt so viele Stimmen bekam wie seine linken Konkurrenten zusammen.

Um durch eine linke Mehrheit in der *Assemblée Nationale (AN)* direkten Einfluss auf die Politik des wiedergewählten Präsidenten Emmanuel Macron nehmen zu können, rief Mélenchon am 24. April dazu auf, für die Parlamentswahl im Juni 2022 ein Bündnis aller linken Parteien zu schließen. Da die *Parti socialiste (PS)*, die *Parti communiste (PCF)* und *Europe Ecologie-Les Verts (EELV)* fürchten mussten, alleine bei den Parlamentswahlen im Juni kaum Mandate erreichen zu können, schlossen sie sich nach mehrtägigen Verhandlungen mit Mélenchons Partei *La France Insoumise (LFI)* dem von *LFI* dominierten Wahlbündnis ***Nouvelle Union populaire écologique et sociale (NUPES)*** (dt.: die neue ökologische und soziale Volksunion) an.

Dabei wurde festgelegt, in wie vielen und welchen der 577 Wahlkreise eine Partei mit Unterstützung von *NUPES* Kandidaten aufstellen darf: *LFI* beansprucht mit Verweis auf die Ergebnisse der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen für sich 326 (56 %) und damit mehr als die Hälfte der 545 Wahlkreise, die unter die Vereinbarung fallen, überließ im Hinblick auf die breitere lokale Verankerung ihrer Bündnispartner aber 100 (17 %) *EELV*, 69 der *PS* (12 %) und 50 der *PC* (9 %). Die 32 Wahlkreise, die nicht unter diese Vereinbarung fallen, liegen in den Überseegebieten und -départements und auf Korsika. Hier ist jede Partei frei, einen Kandidaten aufzustellen.

Da nur der Gewinner eines Wahlkreises ein Mandat erhält, erscheint diese Koalition vor der Wahl sinnvoll, schränkt die Wahlmöglichkeiten der Wähler aber ein: So kann es z.B. geschehen, dass Wähler, die extrem linke Positionen befürworten, zur Unterstützung der *NUPES* in ihrem Wahlkreis einen gemäßigten Kandidaten der *PS* wählen müssen; oder aber ökologisch und proeuropäisch eingestellte Wähler in ihrem Wahlkreis einen europaskeptischen Kandidaten von *LFI*. Dies kann zur Folge haben, dass Wähler nicht zur Wahl gehen, ungültig wählen oder, um eine aus ihrer Sicht zu extreme Regierung zu verhindern, ihre Stimme einem Kandidaten des Wahlbündnisses *Ensemble* !geben werden, der verspricht, Präsident Emmanuel Macron in der *AN* zu unterstützen.

Ein **Gemeinsames Programm** zu erarbeiten, war in der Kürze der Zeit nicht möglich, da sich die Positionen der vier Parteien in manchen Punkten stark unterscheiden. Deshalb haben sie vereinbart, dass ihre Abgeordneten in der *AN* voneinander unabhängige Gruppen bilden werden, und nur einige Grundpositionen festgelegt, die die *NUPES*-Kandidaten in ihrem Wahlkampf vertreten sollen: U.a. sind dies

- Die sofortige Anhebung des Mindestlohns von 1.269 € auf 1.400 € netto pro Monat
- Die Festlegung des Renteneintrittsalters auf 60 Jahre
- Die Festlegung von Maximalpreisen für Produkte des täglichen Bedarfs (angesichts der Inflation)
- Das Eintreten für den ökologischen Wandel und damit verbunden der Ausstieg aus der Atomenergie
- Das Gesetz zur Arbeit, Modernisierung des sozialen Dialogs und zur Absicherung des beruflichen Wegs, das 2016 zur Dynamisierung des Arbeitsmarkts von der damaligen sozialistischen Regierung unter Premierminister Manuel Valls eingeführt wurde, sofort außer Kraft zu setzen
- Eine neue Verfassung auszuarbeiten, die die Grundlage einer VI. Republik sein soll

Zum Umgang mit der EU wurde vereinbart, dass Regelungen, die z.B. verhindern, dass

- die Stromversorgung verstaatlicht wird
- Kantinen auf Biokost aus lokaler Produktion umstellen
- der ökologische Wandel vollzogen wird

nicht befolgt werden sollen. Die Bündnispartner sprechen die Hoffnung aus, dass sich weitere EU-Mitglieder diesem Vorgehen anschließen werden. Gleichzeitig wurde festgeschrieben, dass weder ein Austritt aus der EU, noch ihr Zerfall, noch das Ende ihrer gemeinsamen Währung ein Ziel französischer Politik sein kann.

Die künftige Rolle Frankreichs in der NATO wird in der Vereinbarung nicht erwähnt.